

Demokratie im Spannungsfeld von Mehrheit und Elite

Hans-Joachim Schemel - Referat beim Treffen des AK Grundlagen am 26. Juni 2013

Die Demokratie ist eine Staatsform, in der die Macht vom Volk ausgeht – über allgemeine und geheime Wahlen.

Wenn das Interesse der Mehrheit überwiegend auf die Erhaltung und Steigerung von Wohlstand ausgerichtet ist zulasten einer Minderheit, die in Existenzangst lebt, und wenn eine Regierung es versteht, diesem Interesse der Mehrheit durch Sozialabbau und Abbau der Menschenrechte zu genügen, dann ist das eine Ausprägung von Demokratie, der wir sehr kritisch gegenüberstehen.

Was erwarten wir von einer funktionierenden Demokratie – genauer: von der Bevölkerung und ihren Repräsentanten in einer Demokratie? Welche Rolle spielen bei der Entscheidungsfindung in der Politik Schwarmintelligenz, Herdentrieb und Lobbyismus - und welche Rolle spielen Sachverstand, Nachdenklichkeit und solidarische Werthaltungen? Wie kann es gelingen, trotz der unzähligen Meinungsunterschiede in der Bevölkerung für alle gleichermaßen verbindliche Regeln/ Gesetze zu erlassen, die zumindest akzeptiert werden und nicht zur Beschimpfung von Politikern und zur Demokratieverdrossenheit führen? Wie konstruktiv und wie misstrauisch sollten wir zum demokratisch verfassten Staat stehen?

Welche Rolle spielt Attac im Spannungsfeld zwischen dem Anspruch einer Elite, die sich als kompetente Vertreterin des Gemeinwohls sieht, und der Mehrheit der Bevölkerung, die lieber BILD und andere Primitivblättchen konsumiert als „Pflasterstrand“, „Standpunkte“ (des wissenschaftlichen Beirats von Attac) und ähnliche kritische Medien? Als was verstehen wir uns bei Attac, wenn wir die Interessen der Mehrheit gegen die herrschende Mehrheitsmeinung vertreten?

Die Demokratie, wie wir sie wollen, beruht auf einer sehr fragilen (utopischen?) Voraussetzung: dass die Ideen der Aufklärung - die moralisch fundierte Vernunft - in der Demokratie die Oberhand behält bzw. gewinnt.

Was sagt die Demokratie-Theorie?

Das Konzept der „kulturellen Hegemonie“ (des italienischen Sozialphilosophen und Marxisten Antonio Gramsci, 1891 – 1937) geht davon aus, dass Intellektuelle als Elite die Meinungsherrschaft übernehmen – und die münde in eine „gesellschaftliche Ausübung von Macht“ in der Demokratie. Er spricht von einem „widerständigen und demokratischen Kampf um kulturelle Hegemonie“. Ihr Gewinn schaffe erst die Möglichkeit von politischer Herrschaft, ihr Verlust untergrabe die herrschende Macht. Es komme nicht nur auf das ökonomische Kräfteverhältnis an, sondern auch auf das in der Politik und in den Medien.

Gramsci vertritt einen sehr weit gefassten Intellektuellen-Begriff: Jeder sei ein Intellektueller, weil jeder die Fähigkeit zu denken habe; aber nicht jeder habe die Funktion eines Intellektuellen, denn dazu gehöre, dass er seine Fähigkeit zu denken auch ausübt und entwickelt. Er spricht in diesem Zusammenhang von „organischen Intellektuellen“ (im Unterschied zu „traditionellen Intellektuellen“: Schriftsteller, der Philosoph und der Künstler).

Für Gramsci stellen die Intellektuellen nicht nur Redner oder reine Wissenschaftler dar, sondern auch Leiter und Organisatoren der gesellschaftlichen Prozesse, die Einfluss auf die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse üben, daher eine bestimmte gesellschaftliche Hegemonie produzieren und sichern, über staatliche und

ideologische Apparate wie der Bildung, den Medien, den Parteien, Interessensvereinigungen usw. Diese *organischen* Intellektuellen beschreiben das gesellschaftliche Leben nicht nur mit wissenschaftlichen Regeln, vielmehr „artikulieren sie durch die Sprache der Kultur die Gefühle und Erfahrungen, die die breite Masse nicht selber vermitteln kann.“

„Wir müssen uns abgewöhnen und aufhören, die Kultur als enzyklopädisches Wissen zu verstehen, wobei der Mensch nur als ein Gefäß gesehen wird, das mit empirischen Daten angefüllt und voll gepfropft werden muss, mit nackten und zusammenhanglosen Fakten, die er dann in seinem Gehirn wie in den Abschnitten eines Wörterbuchs rubrizieren muss [...]. Wirkliche Kultur ist etwas völlig anderes. Kultur ist Disziplinierung des eigenen inneren Ichs, Inbesitznahme der eigenen Persönlichkeit und die Erlangung eines höheren Bewusstseins, mit dem man dazu kommt, den eigenen historischen Wert zu verstehen, die eigene Funktion im Leben, die eigenen Rechte und Pflichten.“ (Gramsci)

„Eine neue Kultur zu schaffen bedeutet nicht nur, individuell ›originelle‹ Entdeckungen zu machen, es bedeutet auch und besonders, bereits entdeckte Wahrheiten kritisch zu verbreiten, sie sozusagen zu ›vergesellschaften‹ und sie dadurch Basis vitaler Handlungen, Element der Koordination und der intellektuellen und moralischen Ordnung werden zu lassen. Dass eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine ›philosophische‹ Tatsache, die viel wichtiger und ›origineller‹ ist, als wenn ein philosophisches ›Genie‹ eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt.“ (Gramsci)

Der Marxist Gramsci hat seine Theorie vor allem im Hinblick auf die kommunistische Partei formuliert und Wege aufzeigen wollen, wie die Linke die „kulturelle Hegemonie“ erreichen kann. Seine Gedanken sind verallgemeinerbar und auf eine Demokratie übertragbar, in der sich nicht stumpfer Mehrheitsegoismus austobt, sondern in der es politisch bewussten Menschen gelingt, im medialen Meinungskampf das Gemeinwohl hochzuhalten.

Mit Hegemonie wird heute im Anschluss an Gramsci „ein Typus von Herrschaft benannt, der im Wesentlichen auf der Fähigkeit basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen“ (Wikipedia).

Das bedeutet im Umkehrschluss: Eine anspruchsvolle Demokratie braucht genügend Menschen, die sich ernsthaft für das Gemeinwohl einsetzen, und die es verstehen, im Sinne einer „kulturellen Hegemonie“ ihre Sichtweise in der politischen Auseinandersetzung durchzusetzen.

Das ist leichter gesagt als getan. Es stellt sich natürlich die Frage: Wer vertritt die Interessen der Allgemeinheit. Behauptet das nicht jeder?

Wer beherrscht bei uns den öffentlichen Diskurs? Die „organischen Intellektuellen“ sind bei uns die bekannten Kommentatoren in den großen Printmedien und die bekannten Köpfe in den politischen Talkshows, die den Medienkonsumenten zeigen, wie die Dinge zu sehen und zu denken sind. Sie verfügen (informell) über eine Art Meinungsmonopol in Kernfragen – was Differenzen in Detailfragen nicht ausschließt. Und diese bekannten Personen sind natürlich eingebunden in einen weiteren eher anonymen Meinungsbildungsprozess, der von unbekanntem Intellektuellen getragen ist, z.B. im Rahmen von Universitäten und von privaten „Denkfabriken“ sowohl der Wirtschaftsverbände als auch der

Gewerkschaften, der Parteien (Stiftungen) und der Zivilgesellschaft (Umweltinstitute, Attac-Beirat etc.)

Zwischenkommentar: Die Meinungsführerschaft solcher Intellektuellen, die an relativ hohe Moralstandards gebunden sind, kann für eine auf einen Mindestkonsens und auf Toleranz angewiesene Demokratie sehr nützlich sein. So können z.B. die Stimmen in Schach gehalten werden, die bösartige Vorurteile, Patentrezepte und sonstige nicht-emanzipatorische Ideen verbreiten und den „inneren Schweinehund“ raus lassen, wie er z.B. in manchen Internet-Diskussionsforen anonym an der Tagesordnung ist. Das kann unter Umständen aber auch emanzipatorisches Denken blockieren, wenn bestimmte Missstände schön geredet oder verschwiegen werden aus Angst, diese könnten die öffentliche Meinung „schädlich“ (den Minimalkonsens bedrohend) beeinflussen: wenn z.B. deutlich links stehende Meinungen in den weit verbreiteten Medien mehr oder weniger unterdrückt (totgeschwiegen) werden.

Die Erfahrung lehrt uns: Im öffentlichen Diskurs über die Medien (sofern er nicht im Internet anonym stattfindet) werden ethische Gesichtspunkte mehr beachtet und gewürdigt als im tatsächlichen Denken und (Wähler-)Verhalten der meisten Menschen.

Zitat zum Buch „das demokratische Paradox“ von Chantal Mouffe, die das Konzept der kulturellen Hegemonie von Gramsci weitergeführt hat:

„Mouffe entwickelt eine Alternative zu den tonangebenden Paradigmen der liberalen oder konsensusorientierten Demokratietheorie. Die Weiterentwicklung von Antonio Gramsci's Hegemoniebegriff durch Mouffe und Laclau zielt, ohne deshalb die Errungenschaften liberaler Institutionen aufgeben zu wollen, auf eine Radikalisierung von Demokratie: auf eine stärkere Einbeziehung der Konfliktdimension politischen Handelns, auf eine Rückbesinnung auf den Kernbegriff der Volkssouveränität, auf eine Ausweitung von Gleichheitseffekten auf möglichst viele gesellschaftliche Felder bei gleichzeitiger Respektierung pluraler Autonomieformen. Mit der Aufwertung von feministischen, ökologischen oder pazifistischen Forderungen in einem sozialistischen, emanzipatorischen Projekt stellt sich ein folgenreiches Paradox ein: das Projekt wird zu einem der radikalen und zugleich pluralen Demokratie. Demokratie positiv als paradoxes Projekt zu begreifen, ist aber notwendig, um auf die immer stärker werdenden Tendenzen der Entdemokratisierung vieler Lebensbereiche nicht mit Resignation zu antworten.“

Wir halten fest:

Von Gramsci wird eine Demokratie beschrieben, die sich von einer Elite („organische Intellektuelle“) führen lässt, die Werten der Aufklärung und der Emanzipation verpflichtet ist. Dieses Konzept der „kulturellen Hegemonie“ wird von Mouffe weiter entwickelt im Sinne einer Volkssouveränität, die zu einem Projekt der radikalen und zugleich pluralen Demokratie wird - im Sinne des Erreichens von Zielen mit sehr hohem ethischen Anspruch. Gramsci, Mouffe und andere moderne Demokratietheoretiker/innen gehen also davon aus, dass sich in der Demokratie die Mehrheit der Bevölkerung in ihrem Wählerverhalten von Vernunft, Weitsicht, sozialer Rücksicht und Toleranz – also von emanzipatorischen Werten – leiten lässt.

Das ist ohne Zweifel wünschenswert – aber ist das auch realistisch? Dieser Frage möchte ich im Folgenden nachgehen.

Versuch einer neuen Betrachtung von Demokratie und ihren Voraussetzungen

Was ist die Realität?

Sie ist sehr komplex. Komplexität wird von jedem Menschen auf seine Weise reduziert, um sich in der Wirklichkeit orientieren und einen Standpunkt einnehmen zu können. Das reicht vom Stammtischgespräch bis zum wissenschaftlichen Kongress. Millionen Menschen gehen ihren beruflichen und privaten Beschäftigungen nach, haben diese und jene Sorgen, haben verschiedene Neigungen und Interessen. Jeder sieht zuerst sein eigenes Leben und versucht es zu bewältigen. Der Staat spielt eine eher unscheinbare Hintergrund-Rolle (außer für die wenigen, die mit ihm beruflich zu tun haben oder die – wenn sie politisch wach sind - sich gerade über ein bevorstehendes Gesetz aufregen, das ihnen nicht gefällt).

Was nehmen wir von der Realität wahr?

Erstens aus eigenem Erleben das, was um uns herum geschieht und woran wir unmittelbar beteiligt sind. Zweitens vom Hörensagen das, was uns von anderen Menschen erzählt wird. Alles andere entnehmen wir den Medien – und diese prägen unsere Wahrnehmung von Gesellschaft außerhalb unseres eigenen Erfahrungshorizontes. Wir steuern diese Wahrnehmung durch die Auswahl der uns ansprechenden Medien (Zeitungen, Bücher, TV, Radio, Internet etc). Wir stützen uns also auf (Des-)Informationen, die andere für uns ausgewählt haben. Aus den relativ willkürlich zusammengesetzten Informationssplintern setzen sich große Teile unseres politischen Weltbildes zusammen.

Welche Informationen sind für die meisten Menschen (für die Mehrheit) interessant?

Vor allem Informationen, die ihr persönliches Leben möglichst direkt betreffen. Ansonsten mehr oder weniger oberflächliche Informationen über Konsumartikel (Werbung), über Ernährung, das Wetter, über Sport, über „sex and crime“, über Veranstaltungen, über Kultur – einige wenige auch über Wirtschaft und Politik. Leute, die sich in bestimmte Interessengebiete vertiefen, beschaffen sich darüber umfassendere Informationen. Nur wenige, die nicht beruflich oder ehrenamtlich mit Politik zu tun haben, machen Politik zu ihrem Hauptinteressengebiet.

Für politisch weniger interessierte Zeitgenossen sind politische Detailfragen völlig uninteressant – Politik wird nur verschwommen wahrgenommen: oft als etwas Schmutziges und undurchschaubar Verdächtiges. Entweder man wählt die Partei, die in ihrer Grundströmung der eigenen Sicht- und Interessenlage am nächsten kommt („das kleinste Übel“), oder geht überhaupt nicht zur Wahl (aus welchen Gründen auch immer).

Die Politik ist etwas, was sich dem Uninteressierten nur in Schlagworten einprägt, was ihn (wegen seines geringen Informationsstandes) überfordert, was er lieber den Politikern überlässt. Wenn er ihnen vertraut, denkt er: „Die werden es schon irgendwie schaukeln.“ Der Durchschnittswähler fühlt sich ohnmächtig, meckert aber, sobald die eigenen Interessen durch politische Maßnahmen negativ berührt zu werden drohen.

Staat und die Politik erhalten nur dann bei der Mehrheit besondere Aufmerksamkeit, wenn sich die Mehrheit in ihren wichtigsten Lebensbezügen bedroht fühlt – also in Krisenzeiten. Für politisch sensible Zeitgenossen ist permanente Krise angesagt. Für politisch wenig sensible Zeitgenossen (also für die Mehrheit) ist Krise dann angesagt, wenn sie um ihren Wohlstand fürchten und wenn Ruhe und Ordnung gestört sind.

Was ist Demokratie?

Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ (Volkssouveränität) verstanden kann zum Missverständnis werden, wenn die „Herrschaft des Volkes“ immer als etwas Erstrebenswertes betrachtet wird. Denn auch eine Diktatur kann von einer deutlichen Mehrheit getragen sein. Wir kennen genügend Beispiele, wo die Mehrheit die Abschaffung bzw. Nichtbefolgung von Menschenrechten befürwortet hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: ist die Demokratie als solche es wert, verteidigt zu werden, oder nur dann, wenn in ihr auch die Menschenrechte geachtet werden?

Hier schließt sich natürlich die Frage an, welche Menschenrechte (in welcher Ausprägung) wir für unverzichtbar halten, z.B. das Menschenrecht auf Arbeit (die Verpflichtung des demokratischen Staates, diesem Menschenrecht ein Vorrang gegenüber anderen Belangen einzuräumen, die nicht das Gewicht eines Menschenrechts haben). Darauf kann hier nicht eingegangen werden.

Frage: Ist ein „guter Diktator“, der die Menschenrechte achtet, einer von der Mehrheit gewählten Regierung vorzuziehen, die die Menschenrechte nicht achtet?

Vermutung: Die Mehrheit der Wähler duldet eher einen Abbau von Menschenrechten als eine Bedrohung ihrer primären Interessen: „Sicherheit und Ordnung“ und Wohlstand.

Folgerung: Entscheidendes Kriterium, um von einer Demokratie sprechen zu können, ist nicht die (allgemeine und geheime) Wahl, sondern die praktische Anerkennung der Menschenrechte, was die allgemeine und geheime Wahl mit einschließt.

Beispiele, die an einer Demokratie-Theorie zweifeln lassen, die von der Hoffnung ausgeht, die Mehrheit der Bevölkerung orientiere sich an emanzipatorischen Werten:

Aktuell: Die USA setzen sich über Menschenrechte hinweg, wenn es in ihrem wirtschaftlichen Interesse liegt, z.B. Überfall auf den Irak. In Italien hat Berlusconi die Macht seines Medienimperiums benutzt, um über viele Jahre hinweg die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu bringen. In Ägypten ist nach dem emanzipatorischen Aufstand gegen die Militärdiktatur mit Mursi auf demokratisch korrekte Weise der Islamismus an die Macht gekommen, der dann aber wieder durch Militär auf undemokratische Weise gestürzt worden ist. In Ungarn ist der heutige Nationalismus (Diskriminierung von Minderheiten) von den Universitäten ausgegangen.

Historisch: In Chile hat der demokratisch gewählte Allende soziale Gerechtigkeit angestrebt – mit bitteren Folgen für die wirtschaftliche Lage. Dieses Chaos hat begünstigt, dass sich Pinochet mit Hilfe der CIA an die Macht putschen konnte – mit Duldung oder gar Unterstützung sehr großer Teile (Mehrheit?) der Bevölkerung. Frankreich ist nach der Revolution 1889 sehr bald wieder zurückgefallen in eine Diktatur. Kaiser Napoleon überzog ganz Europa mit einem imperialistischen Krieg. In Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik hat die wirtschaftliche Not (Massenarbeitslosigkeit, Verarmung der Massen) den Weg zum Aufstieg des „Führers“ (Hitler als Retter aus der Not) bereitet. Eine in Deutschland kaum diskutierte Frage: War der Aufstand in der DDR 1989 ein Aufstand gegen die Unfreiheit oder ein Aufstand gegen die (im Vergleich mit dem Westen) schlechte wirtschaftliche Lage?

These: Wenn Diktaturen (wie in Ägypten, DDR) gestürzt werden, dann nicht deshalb, weil die Mehrheit der Bevölkerung eine Demokratie will, sondern, weil die Mehrheit hofft, Demokratie schaffe Wohlstand. Nur die intellektuellen Drahtzieher der Umstürze verfolgen ethisch anspruchsvolle Ziele, werden aber bei den

anschließenden Wahlen zu einer Splitterpartei, verschwinden ganz von der politischen Bühne oder integrieren sich (unscheinbar) in große Parteien wie nach der deutschen Wiedervereinigung.

Wenn eine demokratisch gewählte Regierung durch eine (Wirtschafts- oder Militär-) Diktatur abgelöst wird, dann deshalb, weil die Regierung die Hoffnung der Mehrheit auf Wohlstand (Überwindung von Not und Chaos) nicht erfüllen konnte, Beispiele: Frankreich nach der Revolution, Chile, Weimarer Republik.

Zwischenerkenntnis: Der Vorrang der Menschenrechte ist Hauptkriterium einer Demokratie. Die allgemeine und geheime Wahl ist zwar notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung, um einen Staat als Demokratie bezeichnen zu können.

Im Folgenden geht es um Staaten, in denen die Menschenrechte (zumindest verbal) anerkannt sind:

Was will der Souverän, das Volk? Was wollen die Wähler ?

Menschen richten ihr Augenmerk vor allem darauf, ihr „Leben auf die Reihe zu bekommen“, also auf Freundeskreis, einen Partner, Familie, einen Arbeitsplatz, berufliches Fortkommen, Einkommen. Erst wenn sie diese sich selbst gestellten, für sie primär wichtigen Aufgaben einigermaßen gelöst haben (also keine großen persönlichen oder materiellen Probleme zu bewältigen haben), richten sie ihr Interesse auch auf andere, sekundär wichtige Dinge: auf allerlei Freizeitinteressen. Und dazu gehört auch das Interesse an Politik.

Zu den primären Interessen gehört die materielle Absicherung und die Möglichkeit, sich materielle Wünsche erfüllen zu können, also Wohlstand. Die Bedrohung des eigenen Wohlstands löst Angst aus – und im besseren Falle nicht Resignation, sondern politisches Interesse und Engagement, um den bedrohten Wohlstand zumindest zu erhalten.

Zu den primären Interesse gehört auch Sicherheit und Ordnung. Wenn Chaos ausbricht (Unruhen, Gewalt im öffentlichen Raum), sind für fast alle Menschen Sicherheitskräfte (Polizei, Militär) wichtiger als politische Debatten.

Kommentar: der Analyse von Gramsci und Mouffe stimme ich nur bedingt zu. Die „Herrschaft der Intellektuellen“ (vermittelt über die Medien, die bestimmte Meinungen entweder unterdrücken oder fördern können und damit den öffentlichen Diskurs beherrschen) funktioniert nur in Zeiten des Wohlstands, nicht in Zeiten der Krise (Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg, drohende materielle Not der Mehrheit, Gewalt auf der Straße...mit der Folge von Verschwörungstheorien, Demokratieverdrossenheit, Ablehnung „des Systems“). Die Mehrheit hört in Krisenzeiten nicht mehr auf die Intellektuellen (auf die Stimme der moralisch orientierten Vernunft), sondern lässt sich von ihrer Angst vor Not und willkürlicher Gewalt leiten. Gesucht wird dann der „starken Mann“ (eine Führungsfigur) oder die Partei, die sich anmaßt zu wissen, was zu tun ist, und die große Zustimmung erfährt, indem sie die „geeigneten“ Feindbilder und Sündenböcke benennt.

Aber so weit sind wir in Deutschland noch nicht. Also betrachten wir die heutige Situation bei uns - nicht in anderen europäischen Ländern, in denen das soeben beschriebene Szenario bereits näher gerückt ist.

In Zeiten des relativen Wohlstands (also Abwesenheit von Existenzängsten):

Die meisten Wähler von Parteien, die sich stärker als Vertreter des Gemeinwohls profilieren (grün-linke Parteien), geben ihre Stimme ab in einer politischen

Großwetterlage, in der weder die Angst vor Wohlstandsverlust noch die Angst vor Chaos herrschen. Ich führe hier den Begriff des „gesättigten moralisch anspruchsvollen Bürgers“ ein, kurz: Wohlstandsbürger (wie wir ihn zur Zeit in Deutschland mehrheitlich haben).

Diese (von materieller Not und Chaos nicht bedrohte) „Wohlstandsbürger“ sind zu relativ großen Teilen aufgeschlossen gegenüber hohen ethischen Standards: stellen sich auf die Seite der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, engagieren sich für die Anerkennung von diskriminierten Minderheiten, wollen soziale Gerechtigkeit und Schutz von Klima und Umwelt, verurteilen Kriege. Aus diesem Wählerreservoir schöpfen vor allem die „linken“ und „grünen“ (teilweise auch die „christlichen“) Parteien.

Jenseits des Einsatzes für ethische Ziele bezieht sich der (gesunde) Eigennutz des Wohlstandsbürgers bei politischen Auseinandersetzungen auf „sekundäre Interessen“, die sein Wahlverhalten durchaus beeinflussen, wenn geringfügige „Bedrohungen“ dieser Interessen empfunden werden: Wenn durch eine (bevorstehende oder schon gefallene) politische Entscheidung ein persönlicher Nachteil zu erwarten bzw. eingetreten ist (z.B. die Planung einer Straße in der Nähe mit der Folge von Lärm, die Kürzung einer staatlichen Leistung, von der man bisher profitiert hat, geplante Steuererhöhungen, von denen man selbst betroffen ist), dann reagieren die Wohlstands-Wähler im Sinne ihrer sekundären Interessen. Diese wiegen bei der Mehrheit der Bürger mehr als das emanzipatorische Interesse am Wohl der Allgemeinheit.

These: Die Wähler orientieren sich in ihrer Mehrheit vor allem an Eigeninteressen (Wohlstandskriterien) und sind uninteressiert an Fragen des Gemeinwohls, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit.

Ich möchte diese These wie folgt differenzieren: Wenn Bürger/innen keine Nachteile für sich erwarten, befürworten sie auch Maßnahmen und Gesetze zugunsten des Gemeinwohls und der sozialen Gerechtigkeit. Das tun Menschen mit Wohlstandspuffer (also ohne materielle Sorgen und ausreichenden Ersparnissen) auch dann, wenn für sie damit kleine materielle Nachteile verbunden sind (z.B. geringfügige Steuererhöhungen). Nur eine kleine Minderheit der Bürger entscheidet sich bei der Stimmabgabe auch dann für Belange des Gemeinwohls, wenn die entsprechenden Maßnahmen für sie mit spürbaren materiellen Nachteilen verbunden sind.

Die Menschen sind (unabhängig von ihrem Bildungsgrad) in ihrer Mehrheit politisch unmündig, weil sie sich nicht ernsthaft mit dem politischen System auseinandersetzen, dessen Teil (Nutznießer, Leidtragende) sie faktisch sind. Die meisten (politisch nicht interessierten und engagierten) Menschen lassen sich von den Medien, die sich in der Hand der wirtschaftlich Mächtigen befinden, gern einschläfern, auf Nebenschauplätze lenken und desinformieren. Diese „schweigende Mehrheit“ wacht erst in Krisenzeiten auf und reagiert dann irrational, weil sie nicht gelernt und eingeübt hat, wie mit Konflikten und schwierigen politischen Fragen ohne falsche Patentrezepte umzugehen ist.

Was ist für politisch engagierte Menschen am wichtigsten? Es gibt in der Bevölkerung nur eine kleine Minderheit von Personen, die sich nicht nur ganz allgemein für politische Zusammenhänge interessieren, sondern sich vertieft informieren und darüber hinaus auch politisch engagieren:

- entweder weil sie erkannt haben, dass sie auf diese Weise eigene Partialinteressen besser durchsetzen können (Lobby, Karrierepolitiker) oder
- weil sie sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und dieses nach ethischen Maßstäben gestalten wollen (soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit...)

Feststellung und Frage: In den meisten westlichen Demokratien herrscht eine kleine in Wahlen bestätigte Elite, die es versteht, für die Mehrheit Wohlstand zu erhalten. Ihr Herrschaftsinstrument ist die Angst vor dem Verlust des Wohlstands. Wie stehen wir zu einer solchen Elite?

Schlussthesen:

1. Nicht nur die geringe Wahlbeteiligung, sondern auch das mangelnde Interesse der meisten Menschen an Fragen des Gemeinwohls lassen es fraglich erscheinen, ob die Meinungsbildung der Mehrheit zu den meist relativ komplexen Fragen der verschiedenen Politikfelder (wie z.B. Wirtschafts-, Sozial-, Finanz-, Bildungs- und Umweltpolitik) eine brauchbare Grundlage für politisch kluge und weitsichtige Entscheidungen bietet.

2. Wir brauchen eine Elite, die anders als herkömmlich definiert ist: nicht nach dem Besitz von viel Geld und Macht, sondern nach folgenden Eigenschaften: politisches Interesse und Engagement, Bemühen um Sachkenntnis, Orientierung an den Werten Solidarität, Gerechtigkeit und Transparenz, Bereitschaft zur Verantwortung für die Zukunft.

3. Die Qualität einer Demokratie steht und fällt mit der Frage, ob und wie weit es gelingt, dass bei der Auswahl ihrer politischen Repräsentanten die positiv definierte Elite (und nicht die Geld- und Machtelite) die Oberhand behält bzw. gewinnt. Denn nur eine solche Elite ist in der Lage, in unserem hoch komplexen Gemeinwesen politische Entscheidungen zu fällen, die sich am Gemeinwohl und nicht an mächtigen Partialinteressen orientieren.

4. Wer die Demokratie befürwortet, der erwartet, dass auf dem Wege von Wahlen und zusätzlich durch Bürgerentscheide die Hebel der Macht in die Hände von Personen gelangen, die dem Bild der positiven Elite nahe kommen. Wer das nicht erwartet, der muss aus ethischen Gründen Demokratie als die „beste aller schlechten“ Staatsformen infrage stellen.

Schlüsselfrage: Gibt es Wege und Maßnahmen, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass hinreichend viele Vertreter/innen der „positiven Elite“ an die Hebel der demokratischen Macht gelangen?

Versuch einer Teilantwort darauf: die „kulturelle Hegemonie“ (nach Gramsci) ist eine in wirtschaftlichen Schön-Wetter-Zeiten bestehende Chance, das Bewusstsein von der Zerbrechlichkeit der Demokratie zu stärken und die Demokratie gegen ihre Feinde stark zu machen. Das setzt aber voraus, dass die Wirtschaft einigermaßen gut läuft, also eine von der Mehrheit nicht akzeptierte Notlage vermeidet. Daher ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Europa der letztlich einzige erfolgreiche Weg, um die Demokratie auch in Krisenzeiten zu erhalten – also zu verteidigen gegen entfesselte Mehrheiten und inhumane Demagogen. Nicht die leicht verführbare Mehrheit ist es, auf die wir uns als Garant der Demokratie verlassen sollten, sondern die sog. „organischen Intellektuellen“ (Gramsci). Sie müssen ihre Argumente und Entscheidungen am Maßstab ethisch relativ hoher Standards (soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Vernunft) messen lassen. Das schließt

kontroverse Debatten über das ein, was im Einzelfall diesem Maßstab am besten genügt. Solche Debatten sind nicht mehr möglich, wenn die wirtschaftliche Krise ein kritisches Stadium überschritten hat.